

Antrag der Fraktion der CDU**Den Aufbau einer internationalen „Klima-Universität“ im Land Bremen und in der Region vorantreiben, eine riesige Chance für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Bremen nutzen!**

Obwohl die Covid-19-Pandemie seit Anfang letzten Jahres im Fokus der gesellschaftlichen und politischen Aufmerksamkeit steht, bleibt die Begrenzung der Erderwärmung im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens eine der wichtigsten Aufgaben der jetzigen und zukünftigen Generationen. Im September 2020 präsentierte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier einen 20-Punkte-Plan „Klima schützen und Wirtschaft stärken. Vorschlag für eine Allianz von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für Klimaneutralität und Wohlstand“. Der Plan sieht unter anderem den Aufbau einer internationalen „Klima-Universität“ in Deutschland vor, an der sich Studierende, Lehrende und Forschende aus aller Welt mit Fragen des Klimaschutzes befassen können.

Das Land Bremen ist mit seiner hohen Dichte an universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen mit einem Klimaschutzbezug für die Einrichtung einer „Klima-Universität“ prädestiniert. So beheimatet das Bundesland, unter anderem das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI), das Bremer Institut für Produktion und Logistik, DLR Forschungsstelle für Maritime Sicherheit, FIBRE: Faserinstitut Bremen, das Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung, ISL: Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik, das Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme, das Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT), auch die Universität Bremen, die Hochschule Bremen, die Hochschule Bremerhaven und die Jacobs University Bremen. Nicht nur das Land Bremen, sondern auch die gesamte Metropolregion Nordwest zeichnet sich durch starke wissenschaftliche Einrichtungen mit einem Fokus auf erneuerbaren Energien und Meeresforschung, Robotik und Materialwissenschaften. Zu nennen ist zum Beispiel die Universität Oldenburg, die einen Schwerpunkt auf dem Themenkomplex „Umwelt und Nachhaltigkeit“ in Forschung und Lehre hat. Aus unterschiedlichen Stärken sowie Studien- und Forschungsschwerpunkten ergibt sich ein hohes Synergiepotenzial für den Erfolg der zukünftigen „Klima-Universität“, das sich durch ein Netzwerk beziehungsweise ein Konsortium aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven sowie der Region erschließen lässt. Eine gute Basis dafür werden bestehende Kooperationen und Netzwerke, wie etwa „U Bremen Research Alliance“ darstellen, die für die zukünftige „Klima-Universität“ genutzt und ausgebaut werden könnten.

Auch der Wille seitens der bremischen wissenschaftlichen Einrichtungen zu einem möglichen Prestige-Projekt ist klar erkennbar. So arbeitete die Universität Bremen im März 2021 ein umfassendes Kompetenzpapier zum Thema Klima-Universität aus, indem sie ihre Kompetenzen, Stärken und bisheriges Engagement für die Begrenzung der Erderwärmung auf beeindruckende Weise darstellte. Auch außeruniversitäre Einrichtungen, wie etwa das AWI und das ZMT unterstützen die Idee der Einrichtung und des Aufbaus einer Klima-Universität

im Land Bremen. Am Netzwerk zum Aufbau und zur Realisierung einer internationalen „Klima-Universität“ könnten insbesondere folgende Institutionen aufgrund ihrer Schwerpunkte und des Internationalisierungsgrades beteiligt sein: Die Universität Bremen, das AWI, das ZMT, die JUB, die Hochschule Bremerhaven, die Universität Oldenburg und das Hanse-Wissenschaftskolleg.

Außerdem ist das Land Bremen ein starker Wissenschafts- und Innovationsstandort. Laut dem „Ländercheck Innovationsmotor Hochschule“ des Stifterverbandes und der Heinz Nixdorf Stiftung (2019) liegt Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern auf Platz 1 bei Drittmitteln an Hochschulen durch die gewerbliche Wirtschaft (pro Wissenschaftler), bei den FuE-Ausgaben des Sektors „Hochschulen“ am BIP ist Bremen laut dieser Studie in der oberen Spitzengruppe. Im jüngsten Regionalen Innovationsanzeiger der EU-Kommission (2019) gehört Bremen ebenfalls zur Gruppe der Regionen mit einer starken Leistung und in manchen Kategorien zur Spitzengruppe, wie etwa beim Anteil der öffentlichen FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (Platz 7). Der Aufbau und die Realisierung einer internationalen „Klima-Universität“, insbesondere in Zeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der Coronapandemie, könnte Bremen und der Region neuen wirtschaftlichen Schwung und weiteres internationales Renommee im Wissenschaftsbereich verleihen.

Die Einrichtung einer internationalen „Klima-Universität“ in Bremen und Bremerhaven sowie der Region würde auch bestens zur Erreichung der strategischen Ziele des Wissenschaftsplans 2025, unter anderem der Nachhaltigkeit und der Internationalisierung beitragen. Der Wissenschaftsplan 2025 sieht außerdem acht zukünftige Forschungs- und Transferschwerpunkte des Landes Bremen vor, wobei sich sieben davon mit dem Thema Klimaschutz direkt oder indirekt befassen: Meeres- und Klimawissenschaften (inklusive Umweltwissenschaften), Materialwissenschaften, „Information und Kommunikation, Kognition und Robotik“, Sozialwissenschaften, Logistik, Luft- und Raumfahrt, Energiewissenschaften. Die Forschungs- und Transferschwerpunkte des Landes sehen eine intensive Kooperation zwischen der Universität Bremen, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen vor. Vor dem Hintergrund dieser regionalen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Schwerpunkte bietet sich das Land Bremen als exzellenter Standort für die zukünftige internationale „Klima-Universität“ an.

Nun gilt es, diese Chance aus dem „20-Punkte-Plan“ des Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier für den Wissenschaftsstandort Bremen schnellstmöglich aufzugreifen und aktiv zu nutzen. In der Debatte zum Antrag der Fraktion der CDU „Krise als Chance nutzen, ein Zukunftskonzept für die Jacobs University Bremen gemeinsam entwickeln!“ (Drucksache 20/647, Neufassung der Drucksache 20/515) äußerte sich die Wissenschaftssenatorin grundsätzlich positiv zum Aufbau einer internationalen „Klima-Universität“ im Land Bremen. Allerdings fehlt es bis heute an aktiven Schritten und einem klaren Bekenntnis des Senats für das Vorantreiben dieser Idee im Land Bremen. Der Senat soll in diesem Bewerbungsprozess und – bei einer erfolgreichen Bewerbung – im zukünftigen Realisierungsprozess eine aktive politische Rolle übernehmen, um die „Klima-Universität“ nach Bremen und in die Metropolregion zu holen und die für den Aufbau und die Realisierung einer „Klima-Universität“ interessierten und relevanten universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. offizielle Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium zum Aufbau und zur Realisierung einer internationalen „Klima-Universität“ im Land Bremen mit dem Ziel aufzunehmen, für Potenziale und Stärken des Landes Bremen sowie der Metropolregion Nordwest als möglichen Standort für die Klima-Universität zu werben und den zeitlichen, finanziellen und institutionellen Rahmen für die Bewerbung um den Standort einer Klima-Universität und ihre Realisierung zu klären,

2. Gespräche mit relevanten universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes Bremen, insbesondere der Universität Bremen, dem AWI, dem ZMT, der JUB, der Hochschule Bremerhaven, dem Hanse-Wissenschaftskolleg, dem Netzwerk „U Bremen Research Alliance“ und der Universität Oldenburg mit dem Ziel eines gemeinsamen Bewerbungsantrags auf Bundesebene um die Klima-Universität aufzunehmen und sie mit allen möglichen Mitteln in diesem Bewerbungsprozess und bei einer erfolgreichen Bewerbung im zukünftigen Realisierungsprozess zu unterstützen,
3. einen Bericht über den Stand der Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsministerium, den bremischen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie über den Bewerbungsstand innerhalb von zwei Monaten nach der Beschlussfassung dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit vorzulegen.

Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU